

Erklärung des Sächsischen Staatsministers des Innern

Markus Ulbig

zum Thema: „Information des Staatsministers des Innern zum Sachstand zum ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘“

TOP 1, 44. Landtagssitzung am 23. November 2011

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

vor etwa zweieinhalb Wochen begann eine Kette von Ereignissen, die täglich neue Erkenntnisse zu Tage bringt. In ganz Deutschland sind die Menschen fassungslos und bestürzt. Auch ich als Innenminister bin darüber bestürzt. Und ich bedaure zutiefst, dass es nicht gelungen ist, die Verbrechen und das Leid der Familien, Angehörigen und Freunde der Opfer zu verhindern.

Freitag, 4. November 2011:

Zwei Männer überfallen eine Bank in Eisenach in Thüringen und fliehen. Einige Stunden später entdecken Polizisten ihre Leichen in einem Wohnmobil. Es werden verschiedene Schusswaffen gefunden. Am gleichen Tag explodiert in Zwickau ein Wohnhaus. Es ist unklar, was mit den Bewohnern passiert ist.

Montag, 7. November 2011: Es stellt sich heraus: Unter den Waffen aus dem Wohnmobil befinden sich die Dienstwaffen einer Polizistin, die 2007 in Heilbronn in Baden-Württemberg umgebracht wurde, und ihres Kollegen, der damals schwerstverletzt worden war.

Die beiden Bankräuber werden identifiziert. Es sind Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Sie haben zusammen mit einer Frau in Zwickau gelebt – in dem Haus, das am Tag des Banküberfalls explodiert war. Die Frau wird mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Dienstag, 8. November 2011: Die gesuchte Beate Zschäpe stellt sich der Polizei in Jena.

Mittwoch, 9. November 2011: Es wird bekannt: Die beiden Männer gehörten zum rechtsextremen Thüringer Heimatschutz.

Donnerstag, 10. November 2011: Im explodierten Wohnhaus in Zwickau finden Ermittler weitere Schusswaffen.

Freitag, 11. November 2011: Es wird klar: Mit einer der Waffen wurden neun Morde verübt. Acht türkisch stämmige und ein griechischer Mitbürger waren zwischen 2000 und 2006 umgebracht worden. Es wird eine Bekenner-DVD gefunden – mit rechtsextremistischem Propagandamaterial. Die Gruppe nennt sich „Nationalsozialistischer Untergrund – NSU“. Die Bundesanwaltschaft übernimmt die Ermittlungen.

An diesem Freitag wird uns klar: Wir haben es mit Rechtsterrorismus zu tun. Mit Terroristen, die aus rechtsextremistischer Motivation Menschen töten. Diese Tage verändern etwas in unserem Land.

Mit diesen Erkenntnissen hat keiner gerechnet. Überall in Deutschland sind die Menschen bestürzt und beunruhigt. Eine solche Dimension rechtsextremistischer Gewalt hin zu dieser Form des Rechtsterrorismus konnte sich keiner vorstellen. Wir alle nicht und auch ich persönlich nicht.

Ich habe während meiner Oberbürgermeister-Zeit in Pirna viel mit Rechtsextremismus zu tun gehabt. Neonazis, die mit Gewalt gegen Andersdenkende für Angst sorgten. NPD-Wahlkämpfer im Stadtzentrum. Kameradschaften und freie Kräfte. Damit musste ich mich fast täglich auseinandersetzen. Deshalb haben wir damals ein Netzwerk aus Behörden und gesellschaftlichen Kräften gegen Extremismus ins Leben gerufen.

Es gab in der Region auch gefährliche, militante Strukturen. Allen voran die Gruppierung Skinheads Sächsische Schweiz – SSS. Bei

ihnen fanden Ermittler Sprengstoff, Schusswaffen und Stichwaffen. Der damalige Innenminister Klaus Hardrath hat die Gruppierung dann verboten. Hier hat das Vorgehen der Ermittlungsbehörden offenbar gut funktioniert.

An anderer Stelle war das nicht der Fall. Das ist erschütternd und alarmierend.

Jahrelang wurden quer durch Deutschland schwerste Verbrechen verübt und niemand hat die Täter identifiziert. Niemand konnte sie deshalb zur Verantwortung ziehen. Das schockiert die Menschen in unserem Land und es erschüttert das Vertrauen in die zuständigen Ermittlungsbehörden. Diese Empfindungen kann ich nachvollziehen. Ich kann sie vor allem auch nachvollziehen angesichts der immer neuen Erkenntnisse und der vielen weiteren Fragen, die in den letzten Tagen aufgekommen sind.

Überall in Deutschland fragen wir uns: Wie kann es sein, dass Rechtsterroristen in unserem Land jahrelang unentdeckt Morde und schwere Raubüberfälle verüben konnten? Wie kann es sein, dass offenbar niemand in der Lage war, diese Taten überhaupt einem rechtsextremen Hintergrund zuzuordnen? Und wir fragen uns: Wo haben Ermittlungsbehörden bei Bund und Ländern versagt, dass es soweit kommen konnte, dass wir diese furchtbaren Verbrechen nicht verhindert haben?

Wir alle wollen schnellstmöglich Antworten auf diese Fragen. Diese Antworten sind wir vor allem auch den Familien, Angehörigen und Freunden der Opfer schuldig.

Wir müssen aber begreifen: Wir stehen noch am Anfang der Ermittlungen. Im Moment führen der Generalbundesanwalt und das BKA alle Erkenntnisse aus den Behörden von Bund und Ländern zu einem Strafverfahren zusammen. Es geht um ein Gesamtbild von Taten, Tätern und Helfern.

Mit schnellen, voreiligen Schuldzuweisungen ist niemandem geholfen. Wir müssen die einzelnen Zusammenhänge umfassend aufklären. Der aktuelle Sachstand kann nur ein Zwischenstand sein.

Die Frage lautet also: Was wissen wir bisher sicher?

Dazu wurde in dieser Woche bereits in der Parlamentarischen Kontrollkommission und in der Sondersitzung des Innenausschusses umfassend Auskunft gegeben. An dieser Stelle möchte ich die wichtigsten Erkenntnisse zusammenfassen. Bitte haben Sie Verständnis: Für ein abschließendes Fazit ist es noch zu früh.

Die konkreten Hintergründe der Terrorzelle sind momentan noch unklar. Wir wissen lediglich: die Vorgehensweise der Täter stellt ein absolutes Novum dar. Nach den Taten hat sich niemand zu den Morden bekannt. Es gab offenbar keine weiterführenden Hinweise auf eine politische Motivation.

Es ist nicht gelungen, die Täter dem Rechtsextremismus zuzuordnen und die Taten aufzuklären. Erst jetzt wurde die Bekenner-DVD öffentlich.

Klar ist: Die bestehenden Maßnahmenkonzepte der Sicherheitsbehörden müssen nach dieser Erfahrung gründlich überprüft werden.

Für Sachsen kann ich sagen:

Im Jahr 2000 wandte sich das LKA Thüringen als fahndungsführende Dienststelle an die sächsische Polizei. Thüringen bat um Unterstützung bei der Zielfahndung nach den heute als Mitglieder des NSU bekannten Personen. Die drei wurden damals als mutmaßliche „Bombenbauer“ gesucht.

Die sächsische Polizei leitete Maßnahmen ein. Die gesuchten Personen konnten jedoch nicht festgenommen werden.

Es wandte sich auch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz an das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz und bat um Hilfe bei der Suche nach den Tätern.

Der sächsische Verfassungsschutz hat die Thüringer Kollegen unterstützt. Darüber hinaus wurden eigene Anstrengungen unternommen, um Hinweise auf den Verbleib der Gesuchten und auf ihre Unterstützer zu finden. Leider führten diese Maßnahmen nicht zum Erfolg.

Der Präsident des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz hat am Montag in der Parlamentarischen Kontrollkommission klar gestellt, dass es durch den sächsischen Verfassungsschutz zu keiner Zeit Kontakt zu den drei Gesuchten oder irgendeine Form der Unterstützung gegeben hat.

Der sächsische Verfassungsschutz hatte zu keinem Zeitpunkt Kenntnis von dem Versteck der Flüchtigen.

Auch die Banküberfälle in Sachsen in den Jahren 1999 bis 2006, die möglicherweise auf das Konto des NSU gehen, konnten zum damaligen Zeitpunkt nicht aufgeklärt werden – trotz besonderer öffentlichkeitswirksamer Fahndungsmaßnahmen („Kripo live“, „XY-ungelöst“). Die Polizei ermittelt derzeit intensiv hierzu sowie zu weiteren möglichen Straftaten, die durch die Mitglieder des NSU begangen wurden. Sollte sich ein Zusammenhang belegen lassen, werden diese Verfahren voraussichtlich durch den Generalbundesanwalt übernommen.

Zu den Ermittlungen des Generalbundesanwalts selbst kann ich keine Aussagen machen.

Eines ist mir aber sehr wichtig: In diesen Tagen höre ich öfter den Vorwurf, die Staatsregierung habe den Rechtsextremismus jahrelang

unterschätzt, sie sei „auf dem rechten Auge blind“ gewesen. Dagegen verwahre ich mich.

Die Staatsregierung setzt sich entschieden gegen jede Form des politischen Extremismus ein. Schwerpunkt war und ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus – sowohl durch Repression, also durch Strafverfolgung, als auch durch Prävention.

Wir haben frühzeitig entsprechende Strukturen bei der Polizei geschaffen:

Seit 1991 gibt es die Sonderkommission Rechtsextremismus beim Landeskriminalamt Sachsen.

In dieser Zeit hat die Soko Rex:

- 2.100 Fallkomplexe bearbeitet,
- 90 Prozent aufgeklärt,
- 6.200 Tatverdächtige ermittelt,
- 2.000 Objekte durchsucht und
- 470 Haftbefehle vollstreckt.

Ende 2009 habe ich die Soko Rex um zehn Ermittler auf jetzt 40 Leute aufgestockt.

Darüber hinaus haben wir beim LKA ein Mobiles Einsatzkommando Staatsschutz.

In allen Polizeidirektionen gibt es bei der Kriminalpolizei Fachdezernate für Staatsschutz.

Wir sind tätig geworden, wo sich rechtsextreme Strukturen als besonders gefährlich herausgestellt haben:

- Verbot der SSS (2001)
- Verbot Sturm 34 (2007)
- Unterstützung von Vereinsverboten mit bundesweiter Bedeutung; bspw. Heimattreue Deutsche Jugend (2009)

Darüber hinaus sind wir präventiv tätig. Seit 2005 gibt es das Programm „Weltoffenes Sachsen. Für Demokratie und Toleranz“. In den vergangenen sechs Jahren wurden insgesamt mehr als 11 Millionen Euro für über 600 Projekte zur Verfügung gestellt, die sich für die Stärkung unserer Demokratie und gegen Extremismus einsetzen. Die Fördersumme für nächstes Jahr wird um 1 Mio. Euro auf 3 Mio. Euro erhöht.

2008 haben wir den Landespräventionsrat eingerichtet.

Seit kurzem haben wir ein Aussteiger-Programm für Rechtsextremisten.

Die sächsische Staatsregierung hat den Rechtsextremismus nicht unterschätzt. Ich habe – auch hier im Landtag – immer wieder gesagt: Das größte Extremismusproblem im Freistaat ist der Rechtsextremismus.

Klar ist aber auch: Wir müssen den Rechtsextremismus in Deutschland neu bewerten. Die neue Qualität vom Rechtsextremismus hin zum Rechtsterrorismus stellt eine Zäsur dar.

Hierzu müssen vorhandene Lücken in Ermittlungsprozessen aufgezeigt und durch die Behörden geschlossen werden. Obwohl längst noch nicht alle Informationen vorliegen und eine endgültige Aussage nicht möglich ist, ist ein Fazit unausweichlich: Was auch immer durch die Sicherheitsbehörden getan wurde – im Ergebnis steht fest, es war nicht erfolgreich.

Die Menschen in Deutschland erwarten eine zügige und umfassende Darstellung und Aufklärung darüber, wo Fehler gemacht worden sind. Zu dieser Aufklärung leistet auch Sachsen – wo immer möglich – seinen Beitrag.

Die Aufarbeitung ist das eine. Das andere ist die Frage, wie wir rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Strukturen in Zukunft entgegen treten.

Letzte Woche Freitag gab es dazu in Berlin ein Treffen der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern. Wir haben bereits erste Schritte vereinbart, wie die Abstimmungsprozesse zwischen den Ermittlungsbehörden von Bund und Ländern verbessert werden.

Zum einen haben wir uns darauf geeinigt, eine Verbunddatei für gefährliche Rechtsextremisten einzurichten. Zum anderen haben wir uns auf ein gemeinsames „Abwehrzentrum Rechtsextremismus“ verständigt.

Zudem waren wir uns einig:

Wir werden auch in Zukunft nicht auf die Arbeit des Verfassungsschutzes verzichten können. Allerdings muss die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Verfassungsschutzämtern verbessert werden.

Auf dem Treffen wurde auch die Forderung nach einem neuen NPD-Verbotsverfahren laut. Das kann ich grundsätzlich verstehen.

Wenn ich hier nach rechts schaue, dann kommt mir der Gedanke auch immer wieder in den Sinn.

Es sagt schon viel aus, wie sich die NPD-Fraktion zu den ganzen Ereignissen positioniert. Sie macht zunächst einmal das, was sie am besten kann. Das Opfer spielen und von großen Verschwörungen gegen sogenannte „Nationale Deutsche“ und ihre Partei reden. Kein Wort der Betroffenheit, kein Funken des Bedauerns. Die NPD tut so, als ginge sie das alles gar nichts an.

Genau das Gegenteil ist aber der Fall: Sie sind die ideologischen Brandstifter, die den geistigen Nährboden für die rechtsextremen Gewalttäter bereiten.

Die NPD-Fraktion hier im Landtag pflegt enge Kontakte zur gewaltbereiten Szene, rekrutiert dort Personal für unterschiedliche Aufgaben.

Bspw. hat sie einem verurteilten Gründungsmitglied der SSS zu einer Stelle als Fraktionsmitarbeiter verholfen. Da können Sie solche Verbindungen noch so oft leugnen, wie Sie wollen. Sie entlarven sich selbst!

Es ist nur schwer erträglich, dass diese verfassungsfeindliche Partei sich durch Steuergelder finanziert. Und es ist nur schwer erträglich, wie sie hier im Parlament versucht, ihrer menschenfeindlichen Ideologie einen gutbürgerlichen Anstrich zu verleihen.

Wir alle wissen aber: die Hürden für ein NPD-Verbot sind hoch. Ein erneutes Scheitern muss unbedingt ausgeschlossen werden. Es gibt eine länderübergreifende Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten eines NPD-Verbotsverfahrens auslotet. Sachsen arbeitet in diesem Gremium mit.

Wir dürfen uns allerdings keinen Illusionen hingeben: Selbst wenn ein NPD-Verbot gelingt: Rechtsextreme Gesinnungen können wir damit nicht verbieten.

Meine Damen und Herren,

die Erkenntnisse seit dem 4. November sind noch immer ein Schock. So furchtbar es ist – es kann aber auch – nein, es muss! – ein Anstoß für alle sein. Wir wenden uns entschieden gegen Rechtsextremismus. Für Taten wie diese darf es keinen Raum mehr geben. Brauner Terror darf in Deutschland nicht weiter um sich greifen.

Wir haben gesehen, wohin dieses Gedankengut führen kann. So weit darf es nicht mehr kommen. Die jetzigen Ereignisse müssen auch diejenigen aufrütteln, die bei Rassismus oder Intoleranz bisher vielleicht weggesehen haben.

Extremismus und Terrorismus richten sich gegen unsere Freiheitliche demokratische Grundordnung; sie richten sich gegen jeden von uns. Deswegen müssen wir uns gemeinsam für Demokratie und Toleranz einsetzen. Jeder einzelne ist gefragt.

Herzlichen Dank.

- Es gilt das gesprochene Wort -